

Gesine Schwan

22.7.19

Laudatio auf die IUVENTA anlässlich ihrer Auszeichnung durch den Max-Dortu-Preis 2019.

Zur Auszeichnung durch den Max-Dortu-Preis gratuliere ich Ihnen, liebe GründerInnen, Crew-Mitglieder, mutige HelferInnen der IUVENTA von Herzen! Über die Einladung, die Laudatio auf Sie zu halten, habe ich mich meinerseits nicht nur sehr gefreut. Ich empfinde dies auch als eine große Ehre und Ermutigung.

Es hat mir sehr imponiert als ich las, dass Sie ein Jahr nach Vereinsgründung 2016 schon ein Schiff erworben und im folgenden Jahr 14 000 Menschen gerettet haben. Ihr Schiff war nach meiner Erinnerung eines der ersten, das die italienischen Behörden 2017 beschlagnahmt haben. An Ihnen wurde sehr früh die schändliche Kriminalisierung der Seenotrettung exerziert. Es ist großartig, dass die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung und Oberbürgermeister Mike Schubert ebenso wie die Initiative Seebrücke mit der Potsdamer Erklärung „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ Ihnen so zupackend zur Seite stehen. Auch dafür ganz herzlichen Dank und große Anerkennung.

Dass Sie von der IUVENTA sich im Namen der Jugend für die Seenotrettung engagieren, nicht nur in Wort und Schrift – was auch wichtig ist – sondern mit dem Einsatz Ihrer ganzen Person – bedeutet für alle, die Ideale nicht für überflüssig, sondern für lebensnotwendig halten, eine großartige Ermutigung. Sie zeigen uns, dass nicht Zynismus, Routine oder private Bequemlichkeit unsere Welt und insbesondere die Politik regieren. Oder jedenfalls nicht regieren müssen. Vielmehr schlummert in vielen Menschen eine große Kraft, insbesondere in vielen jungen Menschen, diese Welt, die doch eigentlich ein Geschenk an uns alle sein sollte oder könnte, trotz vieler Enttäuschungen und negativer Erfahrungen doch zu einem Ort

der Ehrlichkeit, des Anstands, der tätigen Hilfe, der Solidarität zu machen; einem Ort, an dem man gern lebt und sich nicht verkriechen oder schämen muss, nur weil viele derjenigen, die schon seit Jahren am Hebel der politischen Entscheidung sitzen, den Mut, die Fantasie und die Energie vermissen lassen, die Entscheidungen zu treffen, die ihre Sonntagsreden-Moral eigentlich von ihnen fordert.

Dabei geben Sie nicht nur ein humanitäres, moralisches Beispiel. Großartig finde ich, dass Sie die Mühen der politischen Auseinandersetzung nicht scheuen – im Unterschied zu Ihren Widersachern, die meistens mit vagen Behauptungen und Angstmacherei agieren – nicht scheuen, sondern sich kompetent mit ihnen anlegen. Und dass sie die notwendigen grundsätzlichen Fragen dazu stellen, welche Politik unsere proklamierten Werte uns politisch eigentlich abverlangen.

Auf Ihrer Homepage habe ich Ihre öffentlichen Briefe an Politikerinnen und Politiker gelesen, die für die unerträgliche Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik durch Handeln oder Unterlassen verantwortlich sind, in Deutschland und in der Europäischen Union. Dem zurückgetretenen österreichischen Bundeskanzler Kurz werfen Sie vor, er stehe „für ein Europa ohne Geflüchtete, ohne Empathie und ohne moralisches Bewusstsein“. Auf seinen Vorschlag, Europa solle sich Australien zum Vorbild nehmen, erwidern Sie: „Australien lässt Geflüchtete in menschenunwürdigen Unterkünften auf abgeschotteten Inseln versauern. Menschenrechtsorganisationen berichten regelmäßig von gewaltvollen Attacken, Vergewaltigungen und Missbrauch von Kindern in diesen Lagern. Soll das ernsthaft das Vorbild für europäische Asylpolitik sein?“

Viele Politikerinnen und Politiker wie Sebastian Kurz, aber auch viele Bürger, haben sich an den Gegensatz zwischen unseren proklamierten europäischen Werten und der politischen Wirklichkeit

gewöhnt. Für sie sind Werte offenbar praktisch bedeutungslose Schnörkel, nach denen man sich nicht richten muss. Aber das ist ein Irrtum: Denn die Folge dieser Haltung ist ein praktischer Zynismus, mit dem man keine konstruktiven demokratischen Entscheidungen treffen kann, weil der ständige Widerspruch zwischen Reden und Tun Misstrauen säen muss, das eine Gesellschaft letztlich zersetzt. Die Missachtung unserer Werte zerstört daher unsere Gesellschaft von innen und ist zur Zeit der gefährlichste Feind unserer Demokratie.

Erst recht taugt Zynismus nicht für das Alltagsleben, in dem man ohne Vertrauen in eine Mindestverlässlichkeit von Ärzten, Straßenbahnfahrerinnen, Ingenieurinnen, Verkehrspolizisten oder von unseren Nachbarn, Freunden und Familienmitgliedern nicht drei Tage weit käme. Es ist deshalb kein Wunder, dass viele Bürgerinnen und Bürger auf solchen Zynismus, auch wenn sie konkret z.B. unmenschlichen Abschiebungen von Flüchtlingen zustimmen mögen, ihrerseits mit tiefer Verunsicherung und in der Folge mit Ressentiments gegen die Politik und gegen Mitmenschen reagieren. Diese Ressentiments sind der fruchtbare Nährboden für den zunehmenden Rechtsextremismus. Indem Sie von IUVENTA gegen den moralischen Selbstwiderspruch von EU und deutscher Bundesregierung angehen und viel riskieren, leisten Sie zugleich einen wichtigen Dienst gegen Verunsicherung, Ressentiments und Rechtsextremismus, für den Sie höchstes Lob verdienen!

Überaus wertvoll ist auch Ihre Intervention gegen eine Einschränkung von Solidarität auf die innereuropäischen Verhältnisse, die Sie gegenüber Donald Tusk vorgebracht haben. Denn das modische Argument, mit dem die Kommission und der Europäische Rat ihre Politik der „Festung Europa“ mit den unmenschlichen Konsequenzen an den Außengrenzen begründen – nicht nur im Mittelmeer, auch weiterhin auf der eben faktisch nicht hermetisch geschlossenen Balkanroute – lautet: Um die inneren Grenzen offenzuhalten, müssen

wir die europäischen Außengrenzen „lückenlos“, wie Annegret Kram-Karrenbauer forderte, kontrollieren, sprich: schließen. Dieses Plädoyer für begrenzte Solidarität wird neuerdings auch in der Sozialdemokratie gehandelt, was sie im Mark trifft. Wenn wir nämlich mit der Begrenzung von Solidarität einmal anfangen, wenn wir die Würde des Menschen auf die Würde des Europäers, des Deutschen, des Brandenburgers oder des Potsdamers – des Volksgenossen - eingrenzen, dann hat die Würde des Menschen ganz und gar verloren, dann ist jeglicher Grausamkeit gegenüber Fremden oder Anderen, kommen sie nun aus Berlin, Portugal oder dem Jemen Tür und Tor geöffnet.

Denn die Solidaritätsbegrenzung begründet sich aus dem Eigeninteresse derer, die sie fordern – manchmal heißt es auch, man könne eine globale Solidarität unseren Bürgern, die kulturelle Vielfalt nicht gewohnt seien, nicht zumuten - und macht damit eben das Eigeninteresse der Individuen, nicht die solidarische Verbundenheit der Menschen zur Grundlage des politische Handelns. Das zerschneidet die Verpflichtung zum gemeinsamen Handeln, zu dem, was die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen für 2030 verabschiedet haben und führt zum Kampf eines jeden gegen jeden. Sie setzen mit Ihrer IUVENTA ein Zeichen für die **globale** Solidarität, ohne die unsere Welt zugrunde gehen würde. Auch dafür verdienen Sie höchstes Lob!

Sind Sie, sind wir, die wir an unseren Werten festhalten, Träumer? Verlangt Realpolitik, unsere Werte zu ignorieren? Führen sie als Orientierungen eigentlich in die Irre?

Ein Irrtum wäre es sicher, nähmen wir an, dass unsere Werte uns direkte Rezepte für das konkrete Handeln vorgeben. Wir müssen immer politisch abwägen, wie sie in einer konkreten Situation angewendet werden können, zumal sie auch untereinander in ein

Spannungsverhältnis geraten können. Aber solche Abwägung muss sich immer wieder auf die Werte beziehen, sie kann sie nicht einfach en bloc beiseiteschieben.

Für eine werteorientierte Flüchtlingspolitik gibt es aber längst gute Vorschläge, die aus der sog. Flüchtlingskrise, die in Wahrheit eine viel tiefer gehende und alle unsere nationalen und globalen Politikfelder umgreifende Solidaritätskrise ist, in eine Chance für die EU, für unseren Zusammenhalt und für die Vertiefung unserer Demokratie verwandeln würden. Wenn wir uns nach den drei „Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ richten, die letztlich aus der Französischen Revolution stammen und unserer Demokratie zugrunde liegen, sind sie einfach und überschaubar:

Freiheit: Wir brauchen eine **freiwillige Antwort** für die dezentrale Aufnahme von Flüchtlingen, das ist die beste Voraussetzung für eine gute Integration und dafür, den Rechtspopulisten den Wind der Hetze aus den Segeln zu nehmen. Denn dann geht deren Vorwurf ins Leere, dass sich die Aufnahme von Geflüchteten gegen die Interessen der (deutschen) Bürger richte. Die Bürgerinnen und Bürger sollten selbst auf der Ebene der Gemeinden darüber entscheiden können, ob sie – gerade auch in ihrem eigenen Interesse – Flüchtlinge als neue Bürger Ihrer Kommune aufnehmen wollen und wie sie dabei integrativ zu einer erneuerten und erweiterten Gemeinschaft werden. Es käme zu einer entscheidenden Umkehr der Perspektive: Die neuen Mitbürger sind dann keine Last mehr, sondern eine Chance.

Gerechtigkeit: Nicht nur für die Integration der „Neuen“, sondern auch für die Chancen – z.B. auf Wohnung, Arbeit, Bildung, Mobilität – der Einheimischen muss es finanzielle Unterstützung geben – idealerweise in gleicher Höhe. Um diese Entscheidung vorzubereiten und in der Bürgerschaft gut zu verankern, sollten der/die

Bürgermeister/in mit der Gemeindeverwaltung die organisierte Zivilgesellschaft und die Unternehmen in einen **Beirat für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde** einladen. Dessen Aufgabe wäre, den Horizont zu öffnen, Grundlinien etwa für die nächsten 10 Jahre zu erarbeiten und darin gegebenenfalls aus demographischen Gründen oder aus Arbeitskräftemangel die Aufnahme von Geflüchteten einzuschließen. Darüber zu entscheiden hätte der gewählte Gemeinderat. Aus einem solchen Zukunfts- und Entwicklungsrat würde zugleich eine neue gemeinschaftliche soziale und politische Energie für den Zusammenhalt der Gemeinde entstehen. Wer heute nicht mitmachen will, wird sich vielleicht morgen von attraktiven Ergebnissen anstecken lassen. Solche Gerechtigkeits-Anreize sind auch für die mittelosteuropäischen Gesellschaften wichtig, in denen viele Städte und Kommunen Geflüchtete aufnehmen wollen.

Solidarität: Die Finanzierung sollte aus einem europäischen „Kommunalen Integrations- und Entwicklungsfonds“ erfolgen, bei dem die Gemeinden sich direkt in Brüssel bewerben könnten. Das wäre ein Zeichen solidarischer Europäischer Finanzierung und könnte über ein „Begleitprogramm“ regelmäßiger Treffen der beteiligten Städte und Kommunen zu einer weiteren transnationalen europäischen Integration auf der Städte- und Gemeindeebene führen. Damit würde die Alternative für die europäische Integration: Zentralisierung der politischen Macht in Brüssel oder Stärkung der Subsidiarität durch Renationalisierung, die so misslich ist, überwunden. Die Stärkung der Gemeinden entspricht erst recht dem Prinzip der Subsidiarität! Und sie würde integrativ durch eine europäische Finanzierung ermöglicht und durch transnationale Zusammenarbeit gestärkt.

Eine Koalition der Willigen, oder wie Außenminister Maas jetzt fordert: der „hilfsbereiten“ Staaten könnte jetzt vorangehen und den

südlichen Ländern Griechenland, Italien und Spanien in einem ersten Schritt die Aufnahme der aus Seenot Geretteten pauschal zusichern. Damit wäre dem italienischen Innenminister Salvini der Vorwand für die Sperrung seiner Häfen genommen. Die Staaten könnten ihre Kommunen einladen, auf ihrer Homepage anzukündigen, wie viele Personen sie aufnehmen wollen. Man müsste ein Matching-System einrichten, so dass die Geflüchteten auch ihre Wahl treffen können, wohin sie gehen und dann auch freiwillig dort bleiben wollen. Wenn es ganz große Disproportionen zwischen den Wünschen geben sollte, kann man innerhalb der Länder die alten Verteilssysteme in „Reserve“ halten. Das deutsche Innenministerium sollte hier keine unnötigen theoretischen Mauern aufbauen.

Eine Vorreiterkoalition könnte aus nationalen Quellen eine erste Finanzierung bereitstellen, aber es lassen sich auch europäische Finanzierungen denken.

Die nationalen Regierungen würden rechtlich nicht beeinträchtigt, weil sie die Zulassung von Geflüchteten in der Hand behielten. Die Beachtung der Gerechtigkeit, die Belange von Einheimischen gleichzeitig mit der Integration von Geflüchteten als eine erweiterte Integration zu finanzieren, würde in den mittelosteuropäischen Gesellschaften Dynamiken auslösen, die mit der Zeit den Kreis der aufnehmenden Länder deutlich erhöhen würden. Mit der Freiwilligkeit würde Rechtspopulisten ihr zentrales Mobilisierungsthema aus der Hand genommen. Wir hätten endlich eine gemeinsame positive europäische Entscheidung, nicht nur Abwehr und Abgrenzung nach außen, die ihre zerstörerischen Wellen bis nach Afrika sendet, z.B. durch Beeinträchtigung afrikanischer Bemühungen um offene Grenzen und gemeinsame Märkte auf ihrem Kontinent zugunsten ihrer Wirtschaft.

Was ist das zentrale politische Gegenargument? Der sog. Pull-Faktor. Konservative und Rechte schüren Ängste mit ihrer „Vorhersage“, dass jede positive Lösung, jede organisierte Seenotrettung den Pull-Faktor auslösen würde. Viel mehr Flüchtlinge würden sich, so sagen sie, aus Afrika auf den Weg nach Europa machen. Dafür gibt es keine empirischen Belege. Dagegen spricht: Menschen haben erheblich komplexere Fluchtgründe als allein die wirtschaftliche Verbesserung ihrer Situation, die allein der ökonomischen Push- und Pull-Theorie zugrunde liegt. Geflüchtete bleiben in der Regel so dicht wie möglich bei ihrem Heimatland. Es geht ihnen nicht nur um materielle oder ökonomische Motive, sondern insgesamt um die Perspektive eines besseren Lebens, insbesondere um Frieden, Stabilität, gute Regierungsführung etc. Dafür müssen wir ohnehin so gut und partnerschaftlich mit Afrika zusammenarbeiten, wie wir nur können. Je besser das gelingt, desto besser für uns alle, auch in der Europäischen Union.

Es sind die Jungen, die jetzt heilsamen Druck ausüben dafür, dass endlich die großen Herausforderungen, für die es durchaus Lösungen gibt, angegangen werden: das Klima, die Migrations- und Flüchtlingspolitik, die globale Sicherheit, die nicht nur Polizei und Militär, sondern vor allem lebenswerte Bedingungen braucht. Dafür bin ich herzlich dankbar! Das ist ein weiterer wichtiger Grund, IUVENTA und die anderen Seeretter zu loben, aber auch Fridays for Future!

Es ist nun Pflicht von uns Älteren, aus der heilsamen Veränderung der öffentlichen Meinung konkrete Politik zu machen. Im Dienste der Menschlichkeit, im Dienste unseres gemeinsamen guten Überlebens auf unserem Planeten.

Und was mehr ist: Es macht viel mehr Spaß, es bereitet viel mehr Freude, solidarisch zu sein als in sich zurückgezogen und letztlich

einsam zu leben. Die Europäische Hymne, Schillers „Ode an die Freude“ zeigt den Zusammenhang von Freude und Solidarität:

„Freude schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium, wir betreten
feuertrunken Himmlische Dein Heiligtum. Deine Zauber binden
wieder was die Mode streng geteilt, alle Menschen werden Brüder,
wo Dein sanfter Flügel weilt.“

Wir haben in Europa die Brüderlichkeit genderkorrekt zur Solidarität weiterentwickelt. Aber die Quintessenz bleibt: Freude verbindet und fördert Solidarität. Das gilt auch umgekehrt: Solidarität schafft die Freude darüber, dass wir uns anderen uneigennützig zuwenden und dass wir uneigennützige Zuwendung von anderen erfahren können. Das nennen wir eine glückliche Begegnung.

Gelobt seien Sie von IUVENTA für die vielen glücklichen Begegnungen, die Sie uns geschenkt haben und weiter schenken!